



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 15. Januar 1887.

Nr. 23.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 14. Januar.

Um 1 Uhr 20 Minuten eröffnet der Präsident v. Wedell-Piesdorf die Sitzung.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der Militär-Vorlage, welche mit der Abstimmung über § 1 eröffnet werden soll.

Zur Geschäftsordnung bemerkt:

Abg. Magdzinski namens der polnischen Fraktion, daß sie aus taktischen Gründen in der zweiten Lesung für den Antrag Stauffenberg, in der Schlussabstimmung aber dagegen stimmen würde.

Abg. Frdr. v. Stauffenberg erklärt, daß er seinen Prinzipalanspruch zurückziehe und ebenso der Abg. Richter dem selbigen; es bleibe also seitens der freisinnigen Partei nur der Antrag auf unveränderte Bewilligung der Regierungsvorlage auf drei Jahre bestehen.

Abg. v. Hellendorff giebt namens der Konservativen die Erklärung ab, daß sie gegen jede Abänderung der Regierungsvorlage stimmen würden.

Auf Befürwortung der Abgg. Richter und Dr. Windthorst erklärt sich der Präsident bereit, über die §§ 1 und 2 gesondert abzustimmen.

Abg. Langwerth von Simmern (Welfe) erklärt, daß seine Parteigenossen in zweiter Lesung für den Antrag Stauffenberg, in dritter Lesung dagegen sein würden.

Abg. Singer giebt die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Partei in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage stimmen würde, bei den anderen Abstimmungen sich jedoch der Stimmenabgabe enthalten würde.

Der Antrag der Abgg. Ballerstein und Gen. — Bewilligung von 468,000 auf ein Jahr, von 441,200 Mann auf drei Jahre — wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt.

Über den Antrag v. Stauffenberg — Bewilligung auf drei Jahre — wird namentlich abgestimmt.

Für den Antrag stimmen 186 Abgeordnete (Freisinnige, Zentrum, Volkspartei, Polen, Welfen), dagegen 154 Abgeordnete. Die Sozialdemokraten und ein Theil der Linken enthalten sich der Abstimmung, im Ganzen 28. Gültige Stimmen sind also 340 abgegeben.

Der Antrag auf dreijährige Bewilligung der vermehrten Freizugsprämien ist somit angenommen.

Das Haus tritt hierauf in die namentliche Abstimmung über den nach dem Antrag Stauffenberg veränderten § 1 der Regierungsvorlage. Während dieser Abstimmung tritt Fürst Bischoff in den Saal.

Für den so abgeänderten § 1 stimmen 183, dagegen 154 Mitglieder, 31 (Sozialdemokraten und einige Linken) enthalten sich der Abstimmung.

§ 1 ist daher in der veränderten Fassung angenommen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich habe dem Hause eine kaiserliche Botschaft mitzutheilen (das Haus erhebt sich):

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen auf Grund des Artikels 24 der Verfassung mit Zustimmung des Bundesraths im Namen des Reiches:

Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst. Urkundlich unter Unserer Allerhöchstenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, 14. Januar 1887.
gez. Wilhelm.
gegenges. v. Bismarck.

Auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen, auf Allerhöchsten Befehl des Kaisers, die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident von Wedell-Piesdorff: Bevor wir uns trennen, wollen wir uns vereinigen in dem Rufe: „Se. Majestät der Kaiser, König Wilhelm von Preußen, lebe hoch, nochmals hoch und abermals hoch!“ (Das Haus stimmt dreimal begeistert in diesen Ruf ein.)

Schluss der Sitzung gegen 2 3/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Als der Herr Reichskanzler Fürst von Bismarck heute Nachmittag 2 Uhr in das Reichstagsgebäude einfuhr, wurde er von dem daselbst zahlreich versammelten Publikum mit langdauernden, brausenden Zurufen empfangen.

In der hiesigen russischen Botschaft wurde gestern das russische Neujahrsfest in der beiderseitigen Weise durch Gottesdienst in der Kapelle des Botschafter-Palais gefeiert, an welchem auch der Botschafter Graf Schuwalow nicht fehlte.

Beide Häuser des Landtages trafen am Sonnabend Mittag 1 Uhr zu den ersten Sitzungen zusammen; im Herrenhaus wird sofort die Wahl des Präsidiums vollzogen werden. Bei der Eröffnung des Landtages morgen um 11 Uhr vorangehenden evangelischen Gottesdienste im

Dom wird Ober-Hofprediger, General-Superintendent D. Kögel die Predigt halten.

— In der am 13. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung, ertheilte der Bundesrath dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige auf die Marine bezüglichen Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen, dem Entwurf einer Verordnung über die Militärtransport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege nebst dem Entwurf eines Militärtarifs für Eisenbahnen, dem Gesetzentwurf über die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt betheiligter Personen, endlich dem Entwurf eines Gesetzes, betr. den Verkehr mit blut- und gifthaltigen Gegenständen, die Zustimmung. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung des abgeänderten Statuts für das kaiserlich deutsche archäologische Institut an die Ausschüsse für Justiz- und für Rechnungswesen, sowie der Gesetzentwürfe für Elbschiffverordnungen über die Befreiung von Zöllehandlungen gegen die Vorschriften der Feld- und der Fahrpolizei und über die Befreiung erkrankter Richter in den Ruhestand an die Ausschüsse für Justizwesen und für Elbschiffverordnungen erklärte sich die Versammlung einverstanden und beschloß, den Entwurf eines Gesetzes für Elbschiffverordnungen über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer und den Gesetzentwurf über die Feststellung des Landeshaushaltsetats von Elbschiffverordnungen für 1887—88 den Ausschüssen für Justiz- bezw. für Rechnungswesen und für Elbschiffverordnungen zur Vorberatung zu übergeben. Zum Schluss legte der Vorsitzende eine Zusammenstellung der Geschäftsjahre des Bundesamts für das Heimatwesen im Geschäftsjahre 1885—86 vor.

Für die Neuwahlen zum Reichstage prophezeit der „Welfische Merkur“ der Regierung eine sichere Niederlage. Das ultramontane Blatt rechnet:

In alter Stärke werden das Zentrum, die Polen und die Elässer wiederkehren. Ob ein oder zwei Sitze verloren gehen oder gewonnen werden, verschlägt nichts für das Gesamtergebnis. Die Sozialdemokraten werden auf keinen Fall reduziert werden, sondern sogar wahrscheinlich um ein halbes oder ganzes Duzend Mann verhäuft zurückkommen. Ein Sieg der Regierung ist also nur denkbar, wenn so ziemlich die ganze deutsch-freisinnige Fraktion des Reichstages aufgerieben wird. Das erwartet aber wohl Niemand und dazu wird es auch das Zentrum nicht kommen lassen, denn es giebt mehr als eine Kommandite der Firma Richter, die wir durch unsere Kund-

schaft auf den Beinen halten können. Und andererseits wird nach Entziehung unserer Vorschüsse eine nicht ganz kleine Anzahl aller konservativer Häuser rettungslos fallen. Dieser Ausgang der Dinge wird den Septennatrop der Regierung ohne Zweifel erheblich abkühlen, nach einem Vierteljahre wird der Herr Reichskanzler mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Lebenswürdigkeit sich zur Annahme des Trienniums bereit erklären und es wird wieder Friede im Lande sein.

— Mit Bezug auf die Äußerungen des Fürsten Bismarck über Bulgarien (Was ist uns Selbsta?) erklärt das bekanntlich der österreichischen Regierung nahestehende „Wiener Fremdenblatt“:

„Wir können und wollen nicht verhehlen, daß die Entschiedenheit, mit welcher Fürst Bismarck von der Tribüne des deutschen Reichstages die volle Gleichgültigkeit für Bulgarien verkündet hat, überall erschütternd wirken wird, wo man in der Sachlage keine Klarheit gewinnen wollte und wo man sich einer solchen, aller Aufschlüsse ungeachtet, zu entziehen bemüht war. Sie wird auch in Sofia nicht ohne Eindruck bleiben. Wenigstens würden die Worte des Fürsten Bismarck es verdienen, dort genau erwogen zu werden. Sie ermuntern nämlich nicht zu jenen abenteuerlichen Plänen, welche — vielleicht mit Unrecht — den Bulgaren zugeschrieben werden. Die Bulgaren können aus jener Situation, deren Harter Bild die Rede des Fürsten Bismarck entworfen hat, die Aufforderung herauslesen, bei ihren Plänen und Absichten vor Allem auch auf die Rücksicht zu nehmen, unter deren Schutze sie stehen, und Alles zu vermeiden, was das Verhältniß zu denselben und die Intention der Kabinets, endlich eine friedliche Lösung der bulgarischen Wirren herbeizuführen, behindern könnte. Schließlich darf man doch in Bulgarien nicht vergessen, daß die Sympathien Europas zu erlöschn beginnen, sobald man in Sofia den europäischen Interessen nicht Rechnung tragen würde, wie es die friedliche Ausgleichung aller Konflikte und die Vermittlung jeder Verschärfung der Lage erfordert.“

— Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß die morgige Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages eine kirchenpolitische Vorlage ankündigen werde. Es versteht sich von selbst, daß dieselbe weitere Zugeständnisse an die katholische Kirche enthalten wird; insbesondere sollen dieselben die Ordensfrage betreffen. Die Vorlage muß natürlich abgemildert werden, um ihre Bedeutung zu behaupten. Sie wird aber, nachdem die kirchenpolitische Frage durch das vorjährige Gesetz prinzipiell entschieden ist, auch von den Gegnern

Feuilleton.

Erzherzog Eugen.

Wien, 11. Januar. Erzherzog Eugen, der Sohn des verstorbenen Erzherzogs Karl Ferdinand und Bruder der Königin Christine von Spanien, wurde heute zum Ritter des deutschen Ordens ernannt. Einundvierzig Jahre sind verstrichen, seitdem ein Mitglied des kaiserlichen Hauses den Ritterschlag empfangen. Im Jahre 1846 schlug der schon verstorbene Erzherzog Max von Österreich-Este in seiner Eigenschaft als Großmeister des deutschen Ordens dem Erzherzog Wilhelm zum Ritter, und heute vollzog dieser, der jüngste Ritter von damals, als Groß- und Deutschmeister die Zeremonie des Ritterschlages an seinem muthmaßlichen Nachfolger, dem Erzherzog Eugen. Die Feier ging heute Vormittag mit großer Prachtentfaltung, mit dem vorgeschriebenen kirchlichen Zeremoniell und dem ritterlichen Gepränge statt, in welchem sich ein Stück mittelalterlicher Romantik bis in unsere moderne Zeit erhalten hat. Der Kaiser und das Kronprinzenpaar so wie fast sämtliche Mitglieder des Hofes, viele Diplomaten, Vertreter des Malteser-Ordens in schwarzen Sammetmänteln mit dem weißen Kreuze wohnen der Feier in der Augustinerkirche bei. Unmittelbar vor der kirchlichen Feier fand im Palais des Erzherzogs Albrecht, eines Bruders des Erzherzogs Eugen, ein Ordenskapitel statt, in welchem die Aufnahme des Erzherzogs Eugen in den Orden vollzogen wurde,

nachdem die Erzherzöge Rainer und Leopold Salvator als „Aufschwörer“ die Bedeutung des Ordens erklärten hatten und dieser sich ihm vorgelegten Fragen beantwortet und die feierlichen Gelübde in die Hände des Groß- und Deutschmeisters abgelegt hatte. Hierauf setzte sich der Zug nach der Kirche in Bewegung. Demselben eröffnete die Deputation des Großmeisters, dessen die Beamten des Ordens folgten. Dann kamen paarweise die Ordensmeister in schwarzen Sammetmänteln und weißen Mänteln mit dem schwarzen Kreuz. In der Hand tragen die Ritter die hohen Hüte mit schwarzen und weißen Federn, an der Seite die langen Schwerter mit den Kreuzgriffen. Ihnen schlossen sich die Ehrenritter in weißer Uniform mit schwarz sammetenen Aufschlägen und silbernen Treppen an. Vor dem Hofe schritten die „Aufschwörer“, die Erzherzöge Rainer und Leopold Salvator, und zwei Offiziere des Infanterie-Regiments Nr. 10, Lieutenant Feldbaur und Graf Arz, welche auf Sammetmänteln die Insignien der Ritterschläge trugen. Erzherzog Eugen, dessen hohe Gestalt in der spanischen schwarzen Tracht, die er trug, über alle anderen Anwesenden hinausragte und der sehr viel und sichtlich bewegt ausah, schritt zwischen zwei Komthuren, Grafen Cavriani und Baron Bodmann. Ihm folgte der Groß- und Deutschmeister Erzherzog Wilhelm, der auf der Brust das große, mit Gold verzierte Kreuz als Abzeichen seiner Würde trug. Während der Hof- und Deutschmeister seinen Sitz unter dem

Baldachin einnahm, die beiden „Aufschwörer“ ihm zur Rechten und links saßen vor dem Altar aufstellten, wurde der Novize in die Sakristei geführt und ihm daselbst die Rüstung angelegt. Nach kurzer Zeit erschien Erzherzog Eugen wieder, und zwar in einer blanken Plattenrüstung und mit dem Helm, der als Schutzwand wallende weiße und schwarze Federn trug. Er stellte sich auf ein vor dem Altar ausgebreitetes schwarzes Tuch und verneigte sich dreimal, zuerst gegen den Altar, hierauf gegen den Kaiser, der ihm vom Oratorium aus dankte, und dann gegen den Groß- und Deutschmeister. Nun geleitete der Erzprieester des deutschen Ordens, Bischof Scham aus Troppau, das Hochamt, in dessen Verlauf die einzelnen Zeremonien des Ritterschlages vorgenommen wurden. Beim Evangelium bedeckten die Ritter ihre Häupter und zogen die Schwerter zum Zeichen ihrer Ordenspflicht, für das Evangelium zu streiten. Der Novize machte in Begleitung der ihm assistierenden Komthure Opfergänge um den Altar, wobei er Goldstücke für die Kirche und für die Armen opferte. Die auf dem Altar liegenden, für den Novizen bestimmten Waffen wurden geweiht und demselben angelegt, worauf er entblößten Hauptes vor dem Groß- und Deutschmeister niederfiel. Erzherzog Wilhelm zog sein Schwert, hob es empor und gab dem vor ihm stehenden Reffen den Ritterschlag, indem er mit dem Schwerte leicht dessen Haupt und beide Schultern berührte dabei die Worte sprechend: „Zu Gottes, Sanct Mariens und Sanct Georgens Ehr' vertrag' dieses und seines mehr. Besser Ritter als Knecht!“ Die beiden Komthure schallten dann

dem neuen Ritter die goldenen Sporen an, worauf dieser sich erhob und abermals dreimal gegen den Altar, den Kaiser und den Groß- und Deutschmeister verneigte. Dem Ritterschlag folgte nun der zweite Theil der Zeremonie — die Einweihung, verbunden mit einem Akt, der symbolisch die Demuth als die Pflicht des Ritters anzeigen soll. Erzherzog Eugen wurde wieder in die Sakristei geführt und ihm dort die Rüstung abgenommen, worauf er in der schwarzen spanischen Tracht, aber mit dem Schwerte an der Seite, in die Kirche zurückkehrte. Hier legte er sich auf das vor dem Altar ausgebreitete schwarze Tuch, mit dem Angesichte gegen den Boden gelehrt, nieder und verharrte in dieser Lage, während der für ihn bestimmte Mantel und das Kreuz geweiht wurden. Hierauf hoben ihn die beiden Komthure vom Boden auf, und der geleitende, Prieester hängte ihm den weißen Ordensmantel und das Halskreuz um. Nachdem derart die Einweihung des Erzherzogs als Ordensritter vollzogen war, kniete derselbe wieder vor dem Groß- und Deutschmeister nieder, küßte demselben die Hand und erhielt von ihm einen Kuß auf die Wange, worauf er, im Kreise der Ritter umhergehend, von jedem derselben den Bruderkuß entgegennahm. Hiermit war die Feier beendet, und nachdem das Te Deum laudamus gesungen worden war, verließ der Zug die Kirche.

dieser Entscheidung wohl sehr viel früher bekannt werden, als frühere Vorlagen dieser Art.

— Eine kürzlich in Meppen unter dem Vorsitz des dortigen Landrates abgehaltene Versammlung von Interessenten des Rhein-Ems Kanals hat Aufklärung über Pläne gegeben, welche man in der Provinz Hannover bezüglich der Aufbringung des auf sie entfallenden Anteils der Grunderwerbskosten hegt. Die seiner Zeit berichtet wurde, hatte eine unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Westfalen abgehaltene Konferenz sich dahin geeinigt, daß die Interessenten der Provinz Hannover 1,510,000 M. aufbringen sollten, während der etwa 5 Millionen betragende Rest von Westfalen, und zwar fast zur Hälfte von der westfälischen Großindustrie, zu übernehmen sein würde. In Hannover hat man nun seinen Anteil von 1,510,000 Mark in der Art zu repartieren beschlossen, daß man der rheinisch-westfälischen Großindustrie nochmals ein Drittel, 503,000 M., aufbürden will, während der Provinzialverband Hannover ca. 335,000, die Städte des Emsgebietes 447,000 M. und die Amtsbezirke des letzteren etwa 224,000 M. tragen sollen. Von den Städten sollen u. A. Emden 148,000 M., Leer fast 127,000 M., Papenburg 43,000 M., Meppen 15,000 M. aufbringen. Nordem und Aurich, welche von dem Kanale gar nicht berührt werden, sind mit Beiträgen von 32,000 und 19,000 M. bedacht worden. Die Repartition auf die Städte ist nach Maßgabe der Gewerbesteuer, welche dieselben aufbringen, beschloffen worden, und zwar in der Weise, daß diejenige, welche vom Kanale berührt werden, das Doppelte von dem zu zahlen haben, was die außerhalb der Kanalstrecke liegenden aufbringen sollen. Die Ämter sind nach Maßgabe der Grundsteuern für die Beiträge in Anspruch genommen worden. Man kann mit großer Sicherheit voraussetzen, daß auf dieser Grundlage die Grunderwerbskosten nicht aufgebracht werden. Die Gewerbesteuer bietet für die Städte keinen geeigneten Maßstab dar, und noch weniger die Grundsteuer für die Landgemeinden. Die Grundlage kann nur eine billige Schätzung der gesamten Interessen jeder Stadt bilden; wenn auch nicht zu verkennen ist, daß diese Schätzung sehr schwierig ist, so kann sie doch nicht durch eine mechanische Rechnung auf der Basis der Gewerbesteuer oder Grundsteuerstränge ersetzt werden. Da die Interessenten noch so weit von einer Verständigung entfernt sind, so kann die Sicherstellung der Grunderwerbskosten für eine nahe Zeit nicht in Aussicht genommen werden, und wenn der Minister der öffentlichen Arbeiten bei dem bisher eingenommenen Standpunkte beharrt so ist in diesem Jahre die Inangriffnahme der speziellen Vorarbeiten nicht mehr zu erwarten.

Riel, 12. Januar. Gelegentlich des hier im Zuge befindlichen Umschlages ist von landwirtschaftlicher Seite der Vorschlag gemacht worden, mit der Gründung eines Pfandbriefinstituts für die adeligen Güter der Herzogthümer vorzugehen, und soll die Sache in der Generalversammlung des sogenannten Zollfonds weiter verfolgt werden.

Stuttgart, 12. Januar. Wie der „St.-Anz. f. W.“ vernimmt, ist von Sr. Majestät dem König für die evangelischen Kirchen des Landes die Aufnahme einer Fürbitte auch für die deutsche Marine in das regelmäßige sonntägliche Kirchengebet angeordnet worden.

Nach einem gestern Abend aus Nizza hier eingetroffenen Telegramm ist der königliche Flügel-Adjutant Major Freiherr Hiller von Gärtringen an den Folgen des Typhus plötzlich verstorben.

Karlruhe 12. Januar. In den verschiedenen Kavernen wurden Untersuchungen der Depotvorräthe vorgenommen, veranlaßt durch ziemlich umfassende Unterschlagungen und Verschleuderungen von Militärraffekten an gewerbsmäßige Händler, deren Bestände nunmehr, wie nach der „Straßb. Post“ verlautet, der Untersuchung weiteren Boden gegeben haben. Scheinbar im Zusammenhang mit diesen Vorgängen hat sich ein Depot-Quartiermeister in der Deponierkammer erschossen.

Mannheim 12. Januar. Die diesige Privat-Verkehrs-Verkehrs-Gesellschaft „Santia“ hat mit dem heutigen Tage ihren Betrieb eingestellt.

Ausland.

Wien, 11. Januar. In den Blättern wird fortgesetzt über die militärischen Aufwendungen geschrieben, mit deren sensationeller Ankündigung die „Budap. Corr.“ vor einigen Tagen ein so großes Aufsehen erregt hatte. Die „Neue Freie Presse“ weiß heute zu diesem Thema Folgendes zu berichten:

„In den Minister-Konferenzen, welche in der vorigen Woche in Wien abgehalten worden sind, wurden Beschlüsse gefaßt, die eine Ueberwälzung des Kriegsbudgets zur Folge haben werden. Eine genaue ziffermäßige Angabe über die Höhe des Mehrerfordernisses läßt sich jetzt noch nicht machen, da einzelne Anschaffungen des Kriegsmaterials, die eine Ueberwälzung des Budgets für das Jahr 1887 bilden, möglicherweise eine Entlastung der nächstfolgenden Budgets gestatten werden. In den Monaten Januar und Februar wird die Ueberwälzung gering sein und kaum mehr als 500,000 fl. betragen; dagegen dürfte das Mehrerfordernis im Etat für die Monate März und April, wo die Lieferungen, die auf Grund der Bestimmungen zu machen sind, beizugehen müssen, die Höhe von je 6 Millionen Gulden und somit zusammen von 12 Millionen Gulden erreichen. Die Ueberwälzungen für das gesamte Etatsjahr 1887 lassen sich auf 12 bis 15 Millionen Gulden veranschlagen. In

dieser Ziffer ist jedoch nicht inbegriffen jener Aufwand, welcher eventuell eine Ersparnis in dem nächsten Budgetjahre ermöglichen wird. Eine Aenderung in der politischen Situation würde selbstverständlich auch eine größere Ueberwälzung herbeiführen.“

An einer anderen Stelle meldet das Blatt: „Einstweilen wurde der Kriegeminister ermächtigt, die unumgänglichen Ueberwälzungen im Anbetracht nachträglich zu gewöhnlicher Indemnität zu machen, und der gemeinsame Finanzminister angewiesen, ihm dazu die Mittel zur Verfügung zu stellen. Hiermit im Zusammenhang stehen wohl auch einige Beschlüsse, welche in den Minister-Konferenzen wegen baldiger Ausführung des Landsturmgesetzes gefaßt wurden. Selbst im Falle der Mobilisirung ist keineswegs die Einberufung des ganzen Landsturms in Aussicht genommen; man glaubt, daß es hinreicht wird, etwa hunderttausend Mann aus jeder Reichshälfte einzuberufen. Diese sollen aber mit dem Nöthigsten an Bekleidungs-Gegenständen — einem Mantel und einer Kopfbedeckung — versehen werden, für dessen Anschaffung das Kriegeministerium gleichfalls Sorge tragen wird. Alle diese Maßnahmen bewegen sich in den allerengsten Grenzen. Sollten aber Ausgaben in größerem Maßstabe erforderlich werden, dann wird auch nach Ansicht der beiderseitigen Regierungen die Einberufung der Delegationen zu einer außerordentlichen Session nicht zu umgehen sein.“

Paris, 11. Januar. Der alte Herr Pierre Blanc, der 82 Jahre zählt, hat sich angewöhnt, eine lange politische Rede zu halten, wenn er, wie nun schon zum dritten Male, als Alterspräsident die Kammeröffnung zu eröffnen hat. In seiner heutigen Ansprache verarbeitete er in den schwungvollsten Wendungen das Thema von der notwendigen Einigkeit der Republikaner. „Eine dauernde Verständigung zwischen allen Gruppen der republikanischen Mehrheit ist das höchste Erfordernis des Augenblicks. Es handelt sich um die Ehre der Volkserziehung, um die Würde des parlamentarischen Regierungssystems, um das höchste Interesse der Republik. Es gilt das Land, das sich bis jetzt geduldet gezeigt hat, nicht durch ein fruchtbares Organ zu ermüden.“ Das ist Alles sehr schön, aber es hat den Anschein, als würden die verschiedenen Parteien die wahren Rathschläge dieses Redners beherzigen. Gerade im Augenblick der Kammeröffnung ist die Polemik zwischen den Blättern der einzelnen Gruppen heftiger als je; die „Justice“, der „Radical“ werfen den Gemäßigten vor, daß sie grundsätzlich jeden Fortschritt, jede Umgestaltung scheuen und dämpfen; „Temps“ und „Debate“ antworten den Radikalen, man habe ihnen nur zu viel Zugeständnisse gemacht und es sei Zeit, ihren maßlosen Forderungen entgegen zu treten. „Das ist der Krieg zwischen uns und den Gemäßigten“, erwidern die Radikalen. „Dann ist es auch die Auflösung der Kammer“, geben die Gemäßigten zurück. „Staatsrecht! Verschwendung des Elyse!“ erwidert es dann auf der anderen Seite und die besonnenen Blätter bemerken, wenn das Schmeiseln anfange, habe der ruhige Meinungsaustrausch wohl wendig ein Ende. Ein bedenkliches Anzeichen ist in dem Beschlusse der radikalen Linken zu sehen, Herrn Goblet die Gehaltsfonds nur zu bewilligen, wenn er sich verpflichtet, aus ihnen keine Zinsumgen zu unterstützen. Darin giebt sich eine Unfreundlichkeit kund, von der bis zur Feindseligkeit nur ein Schritt ist. Man hatte sich in Regierungskreisen geschmeichelt, auf die radikale Linke oder wenigstens ihrem größten Theil in einem Kampfe gegen die äußerste Linke rechnen zu können. Wenn aber die radikale Linke angreifbar wird, dann steht es um die Sicherheit der Regierung sehr schlimm und es erklärt sich, daß die Börse heute die Eröffnung der Kammer session mit einer Rentendepression beglückt hat.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Januar. Ueber die Bedeutung und Wirkung der Uebernahme eines Handelsgeheimnisses mit Aktien und Passiven sind seit Einführung des Handelsgesetzbuches zahlreiche Entscheidungen ergangen. Der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts hat im Urtheil vom 12. Januar 1886 die vom genannten Obergericht zur Zeit festgehaltenen Grundsätze zusammengefaßt, und zwar, wie folgt: „Wird ein von einem Kaufmann oder von einer offenen Handelsgesellschaft betriebenes Handelsgeheimnis von einem Dritten mit Aktien und Passiven übernommen und diese Uebernahme des Geschäfts öffentlich oder durch Zirkular bekannt gemacht, oder tritt der Erwerber eines bestehenden Handelsgeheimnisses durch Vertrag mit dem bisherigen Inhaber unter Uebernahme der vorhandenen Aktien und Passiven in alle geschäftlichen Beziehungen desselben ein, und setzt er das Geschäft unter Beibehaltung der früheren Firma fort, so besteht der Erwerber für alle Geschäftsschulden des früheren Geschäftsinhabers ohne weiteres. Ergibt eine solche allgemeine Erklärung der Uebernahme des Geschäfts mit den Aktien und Passiven vor, so ist nicht zu prüfen, ob der Vertragswille der Kontrahenten auf die Uebernahme oder Nichtübernahme gewisser Arten von Schulden gerichtet gewesen ist; der Uebernehmer haftet vielmehr für alle Geschäftsschulden. Zu den Geschäftsschulden gehören aber nicht bloß diejenigen, welche aus Handelsgeschäften oder aus kontraktlichen Verhältnissen entstanden sind, sondern alle diejenigen Verpflichtungen, welche mit dem Geschäftsbetriebe in einer solchen engen Verbindung stehen, daß sie als eine Folge des Geschäftsbetriebes erscheinen.“ (Entsch. XV.

54.) Das Reichsgericht hat die Haftung für derartige Geschäftsschulden erstreckt auf die Verpflichtungen aus dem Haftpflichtgesetz, aus § 120 der Reichsgewerbe-Ordnung und aus Patentverordnungen.

— Die Zahl der Eintragungen in die Listen der Rechtsanwälte betrug in dem eben abgelaufenen Jahre im gesammten deutschen Reich 465, die der Lösungen 336. Es ergibt sich hieraus, daß die Doppelseintragungen annähernd ausgeglichen werden durch die Lösungen der bei mehreren Gerichten eingetragenen Anwälte, eine Vermehrung der Rechtsanwälte um 129. Bei den Obergerichten fanden 41 Eintragungen und 33 Lösungen, bei den Landgerichten 234 Eintragungen und 108 Lösungen statt. Die Hauptzunahme entfällt also, wie bereits in dem Vorjahre, auf die bei den Amtsgerichten zugelassenen Anwälte; hier hat eine Vermehrung um 82 stattgefunden, während bei den Landgerichten die Zahl der Rechtsanwälte nur um 39 und bei den Obergerichten nur um 8 gestiegen ist.

— Die 27. allgemeine deutsche Lehrerversammlung wird am 31. Mai, 1. und 2. Juni d. J. (Pfingstwoche) in Gotha abgehalten werden. Der Ausschuss bittet für folgende Themen zu Haupt- und Nebenversammlungen um Referenten aus der deutschen Lehrerschaft: 1) Was kann die Volksschule an ihrem Theile zur Lösung der sozialen Frage beitragen? 2) Hat die Stillschließung der Massen sich gehoben und welcher Antheil gebührt im besondern Falle der Volksschule? 3) Welche äußeren Einflüsse fördern, welche hemmen aufzucht unserer (der Lehrer) Wirklichkeit? 4) Wie bilden wir durch die Geschichte den Charakter? 5) Der Lehrer als Erzieher. 6) Sind die öffentlichen Schul-Prüfungen abzuschaffen oder beizubehalten? 7) Die erziehende und bildende Macht des Gesangs-Unterrichts. 8) Die hygienische Ueberwachung der Schule durch einen Schularzt. 9) Bädagogische Spaziergänge mit Schülern als Anschauungsveranstaltungen für den Unterricht in der Volksschule. 10) Realunterricht und Reallehrbuch in der Volksschule. 11) Der Schulsport. Ein Hauptkapitel in der Schulerziehung. 12) Knaben- und Mädchenarbeit. 13) Ueber Zwangs-erziehung. 14) Die Mädchenbildung der Gegenwart. 15) Die Nothwendigkeit einer entseidenen und allgemein gültigen Vereinfachung unserer Rechtsprechung. 16) Des pädagogischen Währtheits der Lehrer im Staat und in der Gemeinde ist für das Gelingen der Schule von Wichtigkeit. — Angemeldet sind bereits von Lehrer W. H. H. in Würzburg: „Zu wenig und zu viel“; von Heinrich Ralhorn in Braunschweig: „Schule für schwach befähigte Kinder (Häufelschule, Häufelschule)“; von J. Halben, Seminar-Oberlehrer und Reichstagsabgeordneter in Hamburg: „Die einheitliche Grundlage und Organisation des deutschen Volksschulwesens.“

— Mit den nächsten Schifferprüfungen für große Fahrt wird in Grabow a. D. am 11. März d. J., in Barth am 19. März d. J., und in Stralsund am 31. März d. J. begonnen.

— Ueber die Ausführung der Bestimmung des § 18 des Unfallversicherungsgesetzes betreffend die Zuschläge zur Bildung des Reservefonds hat das Reichs-Versicherungsamt unter dem 13. Dezember 1886 folgenden Bescheid erlassen: Die erstmalige Uebersetzung von Entschädigungsbeträgen erfolgt im Jahre 1887, und zwar werden die im Jahre 1886 gezahlten Beträge gleichzeitig mit den geringen Beträgen für das letzte Quartal 1885 — in welchem Invalidenrenten noch gar nicht, und andere Entschädigungsbeträge naturgemäß nur in unbedeutendem Maße zur Auszahlung gelangt sind — umgelegt werden. Es würde dem Wortlaut und der Absicht des Gesetzes nicht entsprechen, nur zu diesem minimalen Betrage aus dem Jahre 1885, welche für sämtliche Berufsvereinigungen noch nicht die Höhe von 20,000 M. erreichen, und nicht auch zu den Beträgen für 1886 einen Zuschlag von dreihundert Prozent für den Reservefonds zu erheben.

— Der Sängerkorps der „Stettiner Handwerker-Vereinigung“ unter Herrn Lehrer Riedel's Leitung veranstaltet am Montag wiederum eine seiner beliebigen humoristischen Soireen, deren Programm, wie immer, in ersten und humoristischen Vorträgen reiche Abwechslung bietet.

— Dem Ober-Pöhlchen-Rendanten a. D., Rechnungsrath Schmeißer, ist hierseits die der königlichen Kronen-Ordnung dritter Klasse, sowie dem Gemeinderathes Plan zu Lewin im Kreise Regenwalde und dem Kreisrath a. D. Klüber zu Demmin das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Gewiß ist es eine lobenswerthe Bestimmung der Polizei-Direktion, daß bei Neubauten der am Straßen-liegenden Grundstücke Vorkehrungen getroffen, damit die Passanten unbehelligt gehen können. Besorgen auch derartige Einrichtungen den Verkehr, da die Trottoirs geradezu bis zum Trottoir vorgeführt werden, so muß das Publikum solche Vorrichtungen schon zu den Kauf nehmen, zumal sie ja nur zum Schutze des Fußgänger da sind und bisher stets sofort beiseite getreten wurden, sobald sie den gegebenen Zwecken nicht mehr dienlich waren. Es zeigt dies auch ein Blick auf den Neubau vis-à-vis vom Rathsaushaus am Königsplatz. Dort wurde der die Freizeitanlagen des Stadtparks, da bei Eintritt des Frostes an dem Bau nicht mehr gearbeitet werden konnte, sofort befestigt und das Trottoir in seiner ursprünglichen dem Publikum wieder zur

freien Benutzung übergeben. Anders verhält es sich aber am Neubau in der Bülthofstraße an der Ecke der Brühlstraße. Trophem hier, daß dem Frostwetter am dem Bau nicht gearbeitet werden kann, so ist der bis zum Trottoir vorgeführte Trottoir nach der Straße hin nicht geschlossen und beengt hier die Passage derart, daß beim Begehen ein gegenseitiges Verhindern unumgänglich ist, was namentlich an Sonntagen nach Beendigung der Vergnügungen, Konzerte u. Nachts gegen 11 Uhr schon öfter zu Unannehmlichkeiten geführt hat. Ein Theil der Passanten muß unbedingt über die Straße und das ist für Damen doch nicht angenehm. Im Interesse der öffentlichen Ordnung dürfte es sein, wenn der Stadtbauamt, der jetzt nur noch zur Hemmung des Verkehrs da ist und zum Theil an beiden Enden schon befestigt, recht bald und zwar noch vor Eintritt des Thauwetters entfernt wird.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadtheater: Volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Die Braut von Messina.“ Trauerspiel in 4 Akten.

Bermischte Nachrichten.

— (Eine Tragödie in der römischen Demimonde.) Ein dreifacher Selbstmord hat in Rom ungeheures Aufsehen erregt: Zwei der schönsten und liebenswürdigsten Geschöpfe der galanten Welt, Mathilde und Marie Rombaco, haben sich in Gesellschaft eines jungen Unbekannten durch Kohlenäpfel erstickt. Eine wahrhaft tragische Vorgeschichte leitete diese Katastrophe ein. Mathilde — die ältere achtzehnjährige — und Marie — die jüngere sechzehnjährige Schwester — waren durch ihre große Schönheit, ihre Phantasie wie durch ihre hohe Bildung bekannt; sie waren deutschen Ursprunges, Töchter eines unlängst in Wien verstorbenen Malers Rombaco (oder Rombach?). Die Familie des Malers hatte früher in guten Verhältnissen in Rom gelebt als plötzlich eines schönen Tages (im Jahre 1876) die Mutter mit einem anderen deutschen Maler Namens Dönniges nach Caserta floh. Von da an dämmerte die Melancholie des Vaters, der seine Töchter nicht mehr überlebte, ihre Erziehung vollständig außer Acht ließ, und das Unglück der Familie. Der Vater mußte nach Wien in ein Irrenhaus gebracht werden — die Mädchen fielen der höheren Prostitution anheim. Erst waren beide nach dem Beispiel der Älteren, Julia, die Maitressen eines reichen Bankiers am spanischen Platz — dem Bankier folgten Andere. Die immer größere Noth, vielleicht auch die Reue und das Bewußtsein ihres Elends trieben sie endlich zu dem letzten Schritte; der Name des mit dem beiden Mädchen gestorbenen jungen Mannes, der in Mathildes Armen starb, konnte nicht festgestellt werden.

— (Bom Löwen auf den Hund gekommen.) In einer kleinen französischen Provinzstadt wurde in einer Schaubude ein „Löwenkönig“ gezeigt, und die biedersten Provinzler liefen denn auch scharenweise hinein. Ein Oberst aus Paris, dem Privatgeschäfte in die kleine Stadt führten, suchte eine langweilige Viertelstunde dadurch zu vertreiben, daß er ebenfalls in die Schaubude eintrat. Der wackerste „große afrikanische Löwe“ befand sich in einem dunklen Käfig, in dem der „Bändiger“ jetzt seine Produktion begann, indem er den in stichtlich gedrückter Stimmung sich befindenden Herrscher der Wüste mit einem Knüttel auf das nachdrücklichste bearbeitete. Der Löwe ließ diese entwürdigende Operation ruhig über sich ergehen und wagte es nicht, sie auch nur durch ein Knurren zu unterbrechen. Der Oberst betrachtete nun das Thier aufmerksam, und als der Bändiger abermals begann: „Dies ist der große afrikanische Löwe —“ schnitt er demselben die Rede mit folgenden Worten ab: „D, nein dies ist überhaupt kein Löwe, sondern mein im vorigen Jahre mir gestohlener Neufundländer.“ Und sofort rief der Oberst: „Hektor, mein Hektor!“ Und siehe da, der „Löwe“ sprang freudestrahelnd in die Höhe und begrüßte schwefelwelsch seinen wiedergefundenen Herrn, der ihn seiner Wähe entledigte, welche aus einem von einem Belgier besessenen alten — Fuhrwerk bestand und mit großem Geschick angebracht war.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Elberfeld, 14. Januar. Der Te. v. St. Bogel aus München wurde bei der gestern Abend im Birmer Stadttheater stattgehabten Aufführung der Oper „Rienzi“ durch einen unvorsichtigen Dolchstoß des betreffenden Darstellers leicht verwundet.

Wien, 14. Januar. Nach einer Meldung des „Pester Lloyd“ soll die russische Regierung geneigt sein, die Kardibatur des Prinzen von Mingrelia aufzugeben, dieselbe verlangt dagegen, daß eine neu zur Aufstellung gelangende russische Kardibatur pure et simple von den Mächten angenommen werde.

London, 13. Januar. Die zur Besprechung der Homrufrage von den Führern der Liberalen verabredete Konferenz ist auf morgen verlagert worden; sowie Nachmittag waren Chamberlain, Morley, Trevelyan, Harcourt und Herschell nur zu einer vorläufigen Besprechung zusammengetreten.

Petersburg, 14. Januar. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen gestern im Winterpalais die Neujahrsgelationen des diplomatischen Korps entgegen. Dabei stellte sich auch der neue chinesische Gesandte vor.